

Auf ein Wort

In Dänemark hat ein Fleisch verarbeitender Betrieb die Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen. Die Schweine- und Rinderhälften werden seitdem in Kühlcontainer verladen, hunderte Kilometer über die Autobahn nach Oldenburg gekarrt, dort zerlegt, wieder in Kühlcontainer gepackt und zurück nach Dänemark gefahren. Für den Betrieb rechnet sich das. Deutschland ist Dank Hartz IV zum Billiglohnland geworden. Eine Lohndumpingspirale ohne Ende hat eingesetzt. Der Lohnunterschied zu Dänemark ist so krass, dass der Fleisch verarbeitende Konzern trotz hoher Transport- und Kühlkosten dicke Gewinne einfährt.

Deutschland vernichtet Arbeitsplätze weltweit

Wenn wir Dank fortgesetztem Lohndumping die griechische, spanische und portugiesische Konkurrenz komplett ausgeschaltet haben, dann sitzen wir am Ende da, auf „unserem“ schönen „Exportüberschuss“. Es wird niemanden mehr geben, der uns „unsere“ schönen Waren abkaufen könnte.

Vergesst sie nicht:

Eure Kolleginnen und Kollegen in den Jobcentern

Sie haben den absurdesten Arbeitsauftrag, von der Welt: Sie sollen auf Arbeitsplätze „integrieren“, die es gar nicht gibt. Das ist ungefähr so, als bekäme ein Bauarbeiter den Auftrag, ohne Baumaterial ein Haus zu bauen. In Frankreich haben Jobcenter-Mitarbeiter_innen jetzt verweigert, weiter Druck auf Erwerbslose auszuüben. (mehr dazu auf der homepage: www.mittwochsfrühstück.de)

Fakt ist: Auch in Deutschland bleiben die vom Jobcenter „Vermittelten“ fast alle ihr Leben lang Hartz-IV-„Aufstocker_innen“ mit prekären Scheißjobs (Altersarmut inklusive). Denn nicht nur die Privatwirtschaft, auch die Kommunen bauen weiter Stellen ab, die zum Leben reichen. Und seit Adam Riese gilt: Wo Stellen abgebaut werden, gibt es am Ende nicht mehr, sondern weniger Stellen.

Kommunen vor der Pleite?

Die kommunalen „Arbeitgeber“ jammern: die Kassen seien leer! Lasst Euch keinen Bären aufbinden! Es sind die gleichen Politiker, deren Parteifreunde im Bundestag die Steuersenkungen für Reiche und Superreiche in großer Koalition absegneten, und fest schrieben, dass Kommunen immer weniger von den Steuereinnahmen abkriegen.

Während der Warnstreiks im März kamen die kommunalen „Arbeitgeber“ den Beschäftigten doof und behaupten, es täte ihnen ja soooooo leid, aber die Kassen seien nun einmal leer.

In der Privatwirtschaft geht's natürlich nicht anders zu. Da werden im großen Stil Tarifarbeitsplätze vernichtet und durch billigere Leiharbeit ersetzt.

Beschäftigte wehren sich

Die Kommunalen Arbeitgeber wussten sehr genau, warum sie bei der Forderung nach 200 € mehr Null Zugeständnisse machten: Denn wenn die billigen Stellen teurer werden, macht es ja nur noch halb so viel Spaß und bringt weniger Profit, die teuren durch die billigeren zu ersetzen, wenn eben diese gar nicht mehr ganz so billig sind.

Zu den **massiven Warnstreiks** zur Durchsetzung der Forderung von mindestens 200 € für Kommunalbeschäftigte sagen wir: Alle Achtung! **Das war ein klares Signal.** Doch, wenn Politiker und Arbeitgeber blockieren, muss in Zukunft auf Warnstreiks kein Achselzucken, sondern Streik folgen.

Wir wollen Euch dazu eine schöne Geschichte erzählen:
Die Geschichte des 1. Mai

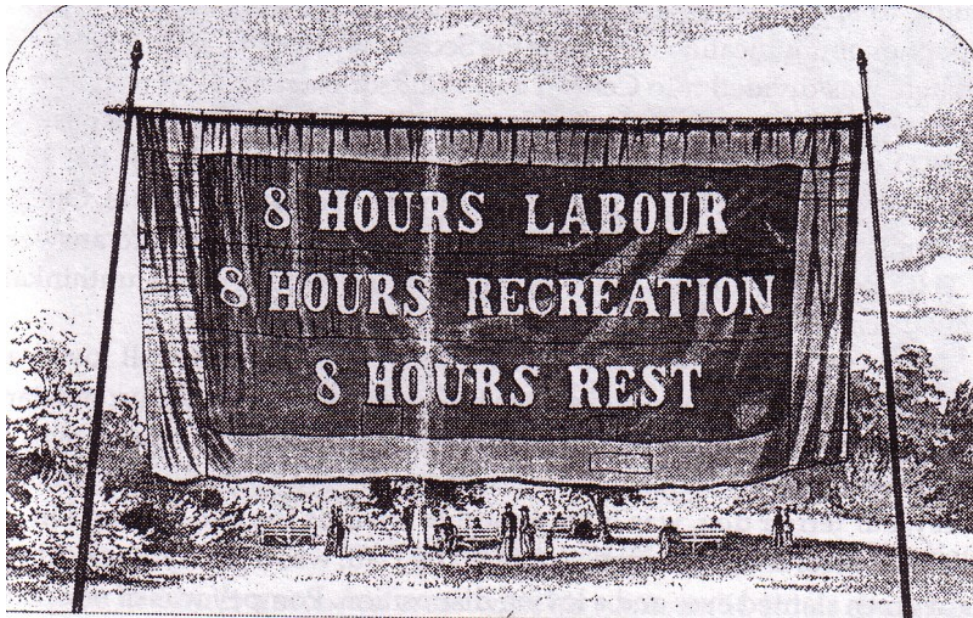
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

viele von Euch werden wahrscheinlich nicht mehr wissen, dass der 1. Mai einst der Stichtag war, um einen Streik zur Einführung des 8-Studentag zu beginnen. Mit der weltweiten Bewegung zur Einführung des 8-Studentags sollte die grassierende Arbeitslosigkeit bekämpft werden. Seit Ende des 20. Jahrhunderts

Kommunales Lohndumping

Im vergangenen Jahrzehnt wurde in vielen Städten die Briefpost outsourced. Und bei den verdienen die Beschäftigten oft so wenig, dass sie mit Hartz IV aufstocken müssen. Absurd. Warum werden die Kommunen nicht gleich finanziell so ausgestattet, dass sie Löhne zahlen können, die zum Leben reichen?

Ein anderes Beispiel: Das „schuldenfreie“ Düsseldorf hat das Fahrradwegenetz ausgebaut, in eine eine Radstation am Bahnhof investiert. Ganztägig Rad parken kostet nur 0,70 Cent - nicht weil die Stadt dieses sinnvolle Öko-Projekt entsprechend subventioniert, sondern weil dort Ein-Euro-Jobber_innen Schichtdienst schieben. Die Haushaltsmilliarden versickern in Renommierprojekte. Längst hat sich in Düsseldorf das Schlagwort „Green slavery“ eingebürgert.



8-Stundentagbanner; Melbourne 1856 (Quelle: Wikipedia)

haben wir die umgekehrte Entwicklung: in nahezu allen Ländern wird immer länger gearbeitet. Grund genug, um an die Erfolgsgeschichte des 1. Mai zu erinnern:

Am 1. Mai 1883 gelang es den Holzarbeitern in den USA den Stücklohn abzuschaffen und einen neunstündigen Arbeitstag durchzusetzen. Die Bewegung war bereits in den 70-ern des 19. Jahrhunderts so stark, dass fast sämtliche Parlamente in den US-Staaten sich gezwungen sahen, bei Regierungsarbeiten einen achtstündigen Arbeitstag einzuführen. Juni 1878 hatte auch der Kongress in Washington das Achtstunden-Gesetz für Regierungsarbeiten angenommen. Der 8-Stunden-Tag sollte nun auch in der Privatwirtschaft durchgesetzt werden. Die Achtstundenassoziation Chicago veröffentlichte 1885 ein Manifest, in dem es hieß, dass „die Reduktion der täglichen Arbeitsstunden dazu führen werde, dass alle oder nahezu alle bisherigen beschäftigungslosen Arbeiter Beschäftigung erhalten würden, und damit die Konkurrenz der Arbeiter untereinander ganz oder ziemlich beseitigt werden würde, und damit auch die dadurch verursachte sinkende Tendenz der Löhne. Und es hieß in dem Manifest, dass

die Einführung des Achtsturentages ebenfalls in Folge der besseren Arbeitsmethoden und der damit verbundenen gestiegenen Produktivität nötig sei.

Im Jahr 1885 beschloss die „Federation of organised Trade on Labor Unions“ eine US-Kampagne für den 8-Stundentag. Ab dem 1. Mai 1886 sollten alle Arbeiter in den Generalstreik zur Erkämpfung des 8-Stunden-Tages treten. Am ersten Tag waren es 25.000, nach drei Tagen bereits 50.000, die in den Streik traten. In Chicago ging die Polizei brutal gegen demonstrierende Gewerkschafter_innen vor. Acht Arbeiter, davon zwei mit deutschem Migrationshintergrund, die sich selbst als Anarchisten bezeichneten, wurde Anklage erhoben. Für den Vorwurf, sie hätten eine Bombe gezündet, gab es nie irgendeinen Beweis. Trotzdem wurden 7 Arbeiter zum Tode verurteilt. Eine internationale Solidarisierungswelle rollte an. 1888 erschien in Zürich die Broschüre „Acht Opfer des Klassenhasses“. In der Broschüre heißt es: „Anarchisten habe so gut Anspruch auf gerechtes Verfahren, auf Beobachtung aller gesetzlichen Schutzvorschriften, als jeder andere Staatsbürger. Dann aber hatten die Vorgänge, auf welche hin die Klage erhoben wurde, mit dem Anarchismus selbst gar nichts zu tun. Sie standen in engstem Zusammenhange mit der Bewegung der organisierten Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten um die achtstündige Arbeitszeit, einer Bewegung, in der die konservativsten Gewerkschaftler mit revolutionären Sozialisten Schulter an Schulter marschierten.“

1889, drei Jahre nach dem Angriff der Chicagoer Polizei und Justiz auf die streikenden Arbeiter wurde auf dem Internationalen Sozialisten Kongress in Paris der 1. Mai zum Internationalen Kampftag der Arbeiterbewegung erklärt.

(Textauszüge aus: Udo Achten; Geschichte des 1. Mai)

**... lasst uns gemeinsam für
drastische Arbeitszeitverkürzung
kämpfen –**

**Natürlich mit vollem Lohnausgleich!
Geld ist genug da! Die Arbeit reicht auch für alle**